

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 1

Rubrik: Dokumente der Zeit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Labour und die neue Gesellschaftsordnung

*Eine Darlegung der Politik und der Grundsätze des britischen
demokratischen Sozialismus / 1950*

Am 22. August 1950 veröffentlichte der Vorstand der britischen Labourpartei eine neue Programmschrift, die im Oktober auf dem Jahresparteitag in Margate gutgeheißen wurde. Wir entnehmen ihr in freier, zum Teil gekürzter Übersetzung die folgenden Ausführungen.

I.

Die ethischen (moralischen) Grundlagen der neuen Gesellschaft

Die Labour Party erklärt, daß der wahre Sinn der Gesellschaft darin liegt, Würde und Wohlergehen des Einzelnen zu fördern und zu schützen.

Der Kapitalismus entwürdigt die Menschheit, weil er dieses Ziel mit Füßen tritt. Wenn das Streben nach Gewinn als hohe Tugend erklärt wird, werden die Werte herabgesetzt, und der Ruf nach menschlicher Gemeinschaft wird dem Verlangen nach privatem Profit geopfert. Wer Reichtum und seine Macht verehrt, setzt die Rechte des Eigentums höher ein als die Rechte des Menschen.

Sozialismus hat ein anderes Ziel. Wir appellieren an das Gute im Menschen, nicht an das Schlechte. Wir stützen uns auf Kameradschaft und Freundschaft, nicht auf Furcht und Gier. Wir bemühen uns, jedem einzelnen immer mehr Freiheit zu sichern, damit er ein volles, starkes und glückliches Leben führen kann.

Wir proklamieren die Menschenrechte, weil wir glauben, daß die Menschen ihre Verantwortlichkeit den Mitmenschen gegenüber in immer steigendem Maße erkennen werden, wenn ihre eigenen Rechte geachtet werden.

Wir proklamieren, daß alle Menschen das Recht haben, in Frieden zu leben

Die breiten Volksmassen gehören überall zur brüderlichen Gemeinschaft der Menschen. Machthaber, die einen Angriffskrieg entfesseln, verurteilen Millionen, zu töten und getötet zu werden. Sie begehen damit ein entscheidendes Verbrechen gegenüber den Völkern der ganzen Welt. Sie bauen Schranken des Hasses zwischen den Menschen auf in einer Welt, die eine Welt von guten Freunden sein sollte.

Wir proklamieren das Recht aller Menschen auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit

Da wir an die Würde jedes einzelnen Menschen glauben, verwerfen wir den Anspruch einiger weniger, von der Arbeit der vielen zu leben. Die Gerechtigkeit verlangt, daß jedem sein Teil zukomme. Jeder soll die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben und seinen Anteil an Verantwortlichkeiten in der Gemeinschaft tragen.

Wir proklamieren das Recht auf Arbeit

Arbeitslosigkeit spottet der menschlichen Würde und zerstört das Selbstgefühl. Vollbeschäftigung ist wesentlich, wenn die Menschen frei von Furcht leben sollen.

Vollbeschäftigung ist erreicht worden und wird nur dann gesichert sein, wenn eine Kontrolle über die wirtschaftlichen Kräfte ausgeübt wird. Die Wirtschaftsmächte müssen dem Volk gegenüber verantwortlich sein, wenn Sicherheit und steigender Lebensstandard erreicht werden sollen.

Wir proklamieren das Recht auf Demokratie

In der Vergangenheit herrschte eine kleine Minderheit über die große Mehrheit. Als demokratische Sozialisten glauben wir, daß die Mehrheit regieren soll. Das kann nicht dadurch erreicht werden, indem lediglich niemandem verantwortliche Privilegien durch eine verantwortliche Regierung ersetzt werden. Wir wollen mehr als politische Demokratie. Unser Ziel ist auch eine wirtschaftliche und soziale Demokratie, in der das Volk eine verantwortliche Rolle im öffentlichen Leben spielt. Die Dinge sollten nicht so sehr *für* das Volk gemacht werden, als *durch* das Volk und *mit* dem Volk.

Englands friedliche Revolution

In den vergangenen fünf Jahren haben wir begonnen, diese Grundsätze zu verwirklichen. Ein Überblick auf das Erreichte zeigt, daß unser Vertrauen in das Volk berechtigt war. Wir waren überzeugt davon, daß das Volk auf einen höheren Appell als denjenigen an Gier und Furcht antworten würde, und das britische Volk hat geantwortet.

Es ist gegeben, daß die Labour Party in diesem kritischen Stadium der Weltgeschichte ihre Grundsätze erneut formuliert und ihre Politik erneut durchgeht.

II.

Im Frieden leben

Die breiten Massen der ganzen Welt hassen den Krieg... Es kann keinen Zweifel darüber geben, wo England steht. Wir versuchen, die praktische und wirtschaftliche Freiheit auszuweiten. Wir haben viele Freunde und Bundesgenossen in den verschiedenen fortschrittlichen Bewegungen des Commonwealth, Europas und der Vereinigten Staaten, die im Einklang mit ihren nationalen Traditionen und Methoden soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt anstreben. Andere Nationen haben weniger annehmbare Systeme und Ideen. Sie haben ein Recht auf diese Systeme und Ideen – vorausgesetzt, daß sie nicht versuchen, sie andern Ländern aufzuzwingen. Es gibt keine Gründe dafür, warum Verschiedenheiten der politischen Systeme und der Wirtschaftsauffassung allein Nationen daran hindern sollten, in Frieden miteinander zu arbeiten.

Die friedliebenden Demokratien der ganzen Welt müssen zusammenstehen, um welches Land auch immer daran zu hindern, seine Herrschaft den andern aufzuzwingen. Sie müssen stark genug sein, sich einem Angriff zu widersetzen.

Vertrauen auf bewaffnete Stärke ist nicht genug. Die Demokratien müssen positiv, aufbauend und fortschrittlich sein, nicht nur defensiv.

Die Verteidigung der freien Welt bedingt eine gemeinsame Anstrengung, um die Kräfte des aggressiven Nationalismus und Imperialismus zurückzuhalten. Das erfordert militärische Bereitschaft – Schiffe, Tanks, Flugzeuge und eine wirkungsvolle, koordinierte Führung.

Die Kosten der Verteidigung sind hoch. Ausgaben für die Verteidigung vermindern notgedrungen die Summen, die für Sozialwerke oder für Steuerermäßigungen verwendet werden können. Die einzige Sicherheit gegenüber dem Angriff ist jedoch die kollektive Stärke der friedliebenden Nationen; darum müssen die Kosten getragen werden.

Labour wird weiterhin alle andern Vereinten Nationen voll unterstützen, die eine wirkliche gegenseitige Verständigung mit Sowjetrußland über die Abrüstung und die Kontrolle der Atomenergie suchen.

Ein Weltplan für gegenseitige Hilfe

Die Zusammenarbeit der freien Welt ist wesentlich für den wirtschaftlichen Fortschritt. Eine Weltwirtschaftskrise würde Demokratie und Frieden gefährden. Wo Arbeitslosigkeit in größerem Maß vorhanden ist, da verzweifeln Millionen, sie verlieren den Glauben in die Demokratie und wenden sich kommunistischen oder faschistischen Diktatoren zu.

Während der vergangenen drei Jahre wurden der Welthandel und die Weltwohlfahrt unterstützt durch die großzügige Hilfe des amerikanischen Volkes im Rahmen des Marshall-Planes. Labour schlägt vor, daß jetzt Vorbereitungsarbeiten für einen neuen Plan auf weite Sicht in Angriff genommen werden – einen Weltplan für gegenseitige Hilfe –, der dem Marshall-Plan im Jahre 1952 folgen soll. Ziel des Planes wäre, die Armut zu bekämpfen überall, wo sie auftritt, sowohl in wirtschaftlich entwickelten als auch in unentwickelten Staaten.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Erde lebt in schrecklicher Armut, sie leidet unter Hunger und Krankheit. Eine der größten Aufgaben des 20. Jahrhunderts ist, dafür zu sorgen, daß diese Menschen einen vernünftigen Stand der Ernährung, der Bekleidung, der Gesundheit und der Erziehung erhalten. Reichere Nationen haben die moralische Verpflichtung, ihnen dabei zu helfen. Die industrialisierten Nationen werden davon profitieren. Denn Armut an irgendeiner Stelle der Welt bedeutet eine Bedrohung des Wohlergehens überall. Ein Generalangriff auf die Armut, wo sie auch auftritt, wird die Produktion und die Prosperität der industrialisierten Nationen stützen.

Die ganze Welt wird davon profitieren. Steigender Lebensstandard ist die beste Verteidigung gegen eine Infiltration durch Kommunismus und Faschismus.

Das große Werk hat begonnen...

Als einen Beitrag zu einem solchen Plan wird die Labourregierung einen «Technischen Dienst» organisieren, um Kenntnisse und Erfahrung überall dort einzusetzen, wo sie benötigt werden.

Wir erwarten nicht, daß alle Länder, mit denen wir zusammenarbeiten, sozialistisch organisiert sind. Alles, was wir verlangen, ist, daß sie genügend Herrschaft über ihr eigenes Wirtschaftssystem haben, um ihre Verpflichtungen im Rahmen eines internationalen Planes zu erfüllen.

III.

Der volle Ertrag ihrer Arbeit

In der Überzeugung, daß es unrecht ist, wenn wenige reich sind, während die Masse arm ist, sucht Labour die extremen Ungleichheiten abzuschaffen und den Arbeitern der Hand und des Kopfes den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern.

Die Menschen sind nicht gleich in ihren Fähigkeiten. Manche sind fähiger, mit ihren Händen zu arbeiten, andere mit ihrem Kopf. Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist, den besten Nutzen zu ziehen aus all diesem Reichtum an Gaben, den die Menschen besitzen. Unser Ideal ist nicht Uniformität, sondern Verschiedenartigkeit in der Weise, wie alle Menschen zum gemeinsamen Wohl beitragen.

Wir sind überzeugt davon, daß jeder die gleichen Rechte, die gleichen Möglichkeiten und die gleichen Verantwortlichkeiten haben sollte.

Alle Menschen sollen das gleiche Recht auf Freiheit und auf Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse haben.

Alle Menschen sollten gleiche Möglichkeiten haben.

Alle Menschen sollten in gleichem Maße sich verantwortlich fühlen, ihren Fähigkeiten entsprechend zum Wohl der Gemeinschaft beizutragen.

Gleiche Rechte

Vom sozialistischen Standpunkt aus haben alle Menschen das Recht auf freie Meinungsäußerung, Gedankenfreiheit, Freiheit des Glaubens und Versammlungsfreiheit. Sie haben das Recht auf Arbeit, auf freie Wahl ihrer Berufstätigkeit und auf gleichen Lohn für eine gleiche Leistung. Vom sozialistischen Standpunkt aus haben alle Menschen das Recht, die Grundbedürfnisse des Lebens zu befriedigen. Sie haben das Recht auf gute Gesundheit und ein ordentliches Heim.

Die in einer Familie geltenden Grundsätze sollten auch in der Gesellschaft verwirklicht werden. In einer Familie wird nicht ein Kind vernachlässigt, um die andern Kinder zu verzärteln. In einer Familie werden die Bedürfnisse jedes Einzelnen durch alle berücksichtigt. Alles wird entsprechend den Bedürfnissen verteilt. Die Familie ist das Vorbild für die neue Gesellschaft.

Gleiche Möglichkeiten

Die Kinder sollten einen «fairen» Start im Leben haben. Alle Kinder sollten die gleiche Möglichkeit haben, ihren eigenen Weg zu gehen, sich darauf stützend, was sie in Kopf und Herzen, und nicht auf das, was ihre Eltern in ihren Taschen haben.

Es gibt nicht genug Plätze an den Schulen, so daß jeder nach dem 15. Lebensjahr noch den ganzen Tag seiner Bildung widmen könnte. Es muß daher eine Wahl getroffen werden. Diese soll sich einzig nach der Fähigkeit der Kinder richten, von den Bildungsgelegenheiten guten Gebrauch zu machen. Fähigkeit, nicht Reichtum soll entscheidend sein.

(In England wurden darum die höheren Schulen unentgeltlich gestaltet und die Zahl der Stipendienplätze an den Universitäten erhöht. Sie soll noch weiter erhöht werden.)

Ziel ist nicht, eine neue obere Klasse zu schaffen. Kein Mensch hat das Recht, auf einen andern seines Berufes wegen herabzusehen. Jede Arbeit hat ihre Würde. In der Gesellschaft, die wir zu schaffen suchen, wird derjenige, der sein Leben mit Pickel und Schaufel verdient, ebenso geachtet sein wie derjenige, der sein Leben mit Feder und Papier oder dem Pinsel des Künstlers verdient.

Wir stehen ein für die Gleichheit der Möglichkeiten in der Arbeit und in der Freizeit. Bei der Arbeit soll jeder die gleiche Möglichkeit haben, zu den höchsten Posten vorzurücken. Es herrscht noch zuviel Vetterliwirtschaft in der Industrie. Beziehungen öffnen

noch zu viele Türen. Die Menschen sollten bei einer Beförderung lediglich auf Grund ihrer Fähigkeiten, die Arbeit zu vollbringen, ausgesucht werden.

Für den vollen Genuß ihrer Freiheit brauchen die Menschen Zeit und Geld, das sie ausgeben können, wie sie wollen, im Kino oder beim Wandern, mit Büchern oder im Garten. Auch hier möchten sie, daß ihnen Möglichkeiten offenstehen. Die Nation braucht Spielplätze für die Kinder, Sportplätze für Fußball und Cricket, Gemeinschaftsräume für Zusammenkünfte, Kunstzentren für schöpferische Ausdrucksweise. Musik, Theater, Bilder und Skulpturen sollten überall in Reichweite des Volkes sein.

Die Nation ist der Zeit entwachsen, da die Reichen ihre privaten Parks hatten und die Armen in den Städten zusammengepfercht lebten... Die Nation hat auch die Zeit überwunden, wo die Ferien das Privileg weniger waren. Aber trotz den bezahlten Ferien sind die Kosten für einen Ferienaufenthalt für viele noch zu hoch. Eine Ferienkommission soll darum gebildet werden, die für Familien-Ferienzentren zu annehmbaren Preisen sorgt.

Gleiche Verantwortlichkeit gegenüber der Gemeinschaft

Alle Menschen haben die Verantwortung, ihren Fähigkeiten entsprechend zum Wohle der Gemeinschaft beizutragen. Dieser Grundsatz liegt der Haltung Labours der Arbeit und der Besteuerung gegenüber zugrunde. Jeder, der nicht seinen vollen Einsatz in seine Berufsarbeit legt, umgeht seine soziale Pflicht. Wenn ein Arbeiter zu tadeln ist, weil er die Dinge zu leicht nimmt, so trifft dies in noch vermehrtem Maße für einen normal begabten Menschen zu, der überhaupt nicht arbeitet. Es ist für jeden falsch, Geld ohne Gegenleistung zu nehmen und Belohnungen einzukassieren, die nicht verdient worden sind.

Große arbeitslose Einkommen sind daher unberechtigt. Insbesondere sind große ererbte Einkommen «unfair». Diese, die sie erhalten, können auf dem Rücken der Gemeinschaft leben, ohne irgendeine Gegenleistung.

Es gibt keine moralische Berechtigung für das Erben von großen Vermögen, alle Berechtigung jedoch für Erbschaftssteuern auf große Vermögen.

Was das Erwerbseinkommen anbetrifft, so glaubt Labour ganz entschieden nicht an Uniformität. Um eine steigende Produktion anzuregen, müssen Initiative, Unternehmungsgeist und Ausdauer belohnt werden.

Jeder soll Steuern bezahlen entsprechend seiner Möglichkeit. In England wurden die Steuern auf große Erbschaften und Profite erhöht, auf niedrige Arbeitseinkommen und kleine Erbschaften erniedrigt. Als Resultat davon ist die wirtschaftliche Ungleichheit weitgehend verringert worden. Labour wird auf dem gleichen Wege weitergehen.

IV.

Die Kontrolle der Wirtschaftskräfte durch das Volk

Das Volk soll gemeinsam die wirtschaftlichen Kräfte, die sein eigenes tägliches Leben und den nationalen Wohlstand beeinflussen, kontrollieren und dirigieren. Diejenigen, die die Hauptentscheide in der Wirtschaft treffen, sollen dem Volk dafür Rechenschaft schuldig sein.

Unter dem Kapitalismus werden diese Entscheide durch die Erwartung privaten Gewinnes geleitet. Die Theorie bestand, daß dies in gewissem Sinn auch dem allgemeinen

Wohl zugute komme. Das war aber nicht der Fall. Die Kapitalisten, die ihren selbstsüchtigen Profit suchten, konnten sich nicht leisten – und taten es auch nicht –, die Wirkungen ihrer Entscheidungen auf das Leben des Volkes zu beachten.

Große Geschäftsleute, aristokratische Landbesitzer, Bankiers und Händler dirigierten das wirtschaftliche Leben der Nation. Sie bestimmten, ob eine Hochkonjunktur und Arbeit für alle vorhanden sein sollten oder industrielle Stagnation, Elendsquartiere und Arbeitslosigkeit. Sie bestimmten, ob der Waliser Stahlarbeiter oder der Farmer in Kent Arbeit und ein anständiges Einkommen haben oder ob ihre Familien Unsicherheit und Armut erleiden sollen.

Mächtige Trusts legten Werften und Fabriken, von denen Tausende für ihren Lebensunterhalt abhingen, still. Unternehmer öffneten neue Fabriken in bereits übervölkerten Gebieten, ohne an die Tausende zu denken, die in den Krisengebieten von Unterstützung leben mußten. Monopolinhaber beuteten die Konsumenten durch hohe Preise aus. Landbesitzer zogen fette Zinsen von häßlichen Miethäusern in verstopften Straßen und sabotierten die öffentlichen Anstrengungen, mit den Elendsquartieren aufzuräumen.

Die ganze Nation war gefährdet durch die private Kontrolle der Wirtschaft. Indem sie die Industrieanlagen nicht auf der Höhe hielten und die wirtschaftliche Entwicklung vor dem zweiten Weltkrieg blockierten, schwächten die Industriediktatoren Englands Stellung in der Welt.

Darum muß des Volkes Wille an oberster Stelle stehen. Das kann auf zwei Wegen geschehen: durch öffentliches Eigentum und durch Sicherung, daß die Privatindustrie dem öffentlichen Bedürfnis entspricht.

Der Zweck des öffentlichen Eigentums

Öffentliches Eigentum ist die wirkungsvollste Form der öffentlichen Kontrolle, denn sie macht die Industrie dem Volk direkt verantwortlich. Die Nationalisierung der Kohlenindustrie bedeutete daher eine Ausdehnung der Demokratie. Das britische Volk kontrolliert jetzt die Kohlenindustrie – über das Parlament – genau so wie die Außenpolitik, das Verteidigungs- und Steuerwesen. Die Geschäftsführung der nationalisierten Industrien wird dem Volk offen vorgelegt, so daß es weiß, was vor sich geht und seine Wünsche zum Ausdruck bringen kann.

Öffentliches Eigentum der Grundindustrien bedeutet, daß die ganze Wirtschaft dazu gebracht werden kann, der Nation zu dienen. So liegt es zum Beispiel im öffentlichen Interesse, daß Vollbeschäftigung aufrechterhalten bleibt. Wenn die Privatindustrie jedoch entscheidet, daß sie mit Neuinvestitionen zurückhalten will, verursacht sie Arbeitslosigkeit. Indem die nationalisierte Industrie im richtigen Moment ihre eigene Investitionstätigkeit ausdehnt, kann sie helfen, Depression und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Öffentliches Eigentum schafft mehr Möglichkeiten für Beförderungen entsprechend den Fähigkeiten. Es erweitert das Gebiet, auf dem das Volk durch Gesetz das Recht hat, konsultiert zu werden, wie die Arbeit getan werden soll.

Man kann nicht erwarten, daß der Sinn des Volkes für soziale Verantwortlichkeit und seine Uneigennützigkeit steigen, solange privates Gewinnstreben als Hauptbeweggrund in der Gesellschaft gehalten wird. Öffentliches Eigentum schafft eine Gelegenheit, um die alten schlechten Antriebe, die Furcht und die Gier, durch bessere zu ersetzen, nämlich durch Verantwortungsgefühl und Dienst an der Gemeinschaft.

Nach folgenden drei Gesichtspunkten soll entschieden werden, ob eine Industrie in öffentliches Eigentum übergeführt werden soll:

Öffentliches Eigentum ist ein Mittel, um die Grundindustrien und -dienste zu kontrollieren, von denen das wirtschaftliche Leben und die Wohlfahrt der Gemeinschaft abhängen. Die Kontrolle kann nicht ohne Gefahr in den Händen von Gruppen von Privatbesitzern gelassen werden, die der Gemeinschaft gegenüber nicht verantwortlich sind.

Öffentliches Eigentum ist in den Industrien angebracht, die unrationell arbeiten und wo die Privatbesitzer weder den Willen noch die Fähigkeit haben, Besserung zu schaffen.

Mit Hilfe des öffentlichen Eigentums kann gesichert werden, daß das Volk nicht durch Monopole ausgebeutet wird. Private Monopolinhaber üben zuviel Macht aus über Glück und Schicksal ihrer Mitmenschen. Wo Monopole nicht zu umgehen sind, da ist öffentliches Eigentum angebracht.

Neben der Nationalisierung gibt es noch viele andere Formen des öffentlichen Eigentums. Es gibt verschiedene Methoden, um dem öffentlichen Wohl zu dienen und die dem Volk eine direktere Kontrolle über die Quellen der Wirtschaftskräfte verleihen:

Kommunale Betriebe haben sich im öffentlichen Dienst wie Schulwesen, Wohnungsbau, Märkte und Parkanlagen entwickelt. Es wird in Zukunft noch mehr Spielraum dafür geben.

Öffentliche Betriebe können in Konkurrenz mit privaten Industrien zwischen diese gesetzt werden.

Freiwillige Zusammenarbeit der Konsumenten im Rahmen der Genossenschaftsbewegung hat eine große und sich immer ausdehnende Aufgabe auf dem Gebiet der Kostensenkung und der Verbesserung der Produktion und Verteilung.

Genossenschaftlich organisierte Produktionsbetriebe waren bisher in kleinem Rahmen erfolgreich. Auch sie können entwickelt werden.

Landwirtschaftliche Genossenschaften haben sich in vielen Ländern als erfolgreich erwiesen und sollten auch in England mehr entwickelt werden.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu wissen, daß alles mögliche getan wird zur Verbesserung des öffentlichen Wirtschaftssektors. Labour schlägt daher vor, daß von Zeit zu Zeit eine unabhängige Prüfung aller öffentlichen Betriebe durchgeführt werde, so daß dem Parlament und der Öffentlichkeit ein Bericht über die Bestrebungen und das Geleistete in jedem Wirtschaftszweig vorgelegt werden kann.

Im Interesse einer maximalen Leistungsfähigkeit im Dienste des Volkes sollte dafür gesorgt werden, daß, wo nötig, von *außen* Rat eingeholt wird über spezielle Probleme der Organisation und der Betriebsführung in den Betrieben, die im öffentlichen Eigentum sind.

Die Stimme der Konsumenten sollte mehr Bedeutung erhalten. Es sollte ihnen leichter gemacht werden, ihr Recht der Kritik auszuüben und ihre Wünsche in bezug auf die öffentlichen Betriebe auf dem Weg der Konsumentenkommissionen auszudrücken. Es wird eine wichtige Aufgabe der Gemeindebehörden sein, die Kritik und die Vorschläge der Menschen, die sie vertreten, den öffentlichen Betrieben und Diensten zu unterbreiten.

Paritätische Kommissionen sollten ihre Tätigkeit weiter ausdehnen, so daß Arbeiter, Vorarbeiter, Techniker und Betriebsleiter im Interesse aller zusammenarbeiten.

Die Struktur einer öffentlichen Körperschaft muß sich nicht an ein enges Schema halten. Als die öffentlichen Körperschaften geschaffen wurden, war es – um grundsätzliche Fragen lösen und um die Industrien im nationalen Rahmen umgruppieren zu

können – unumgänglich, daß ein großer Teil der Verfügungsgewalt zentralisiert wurde. Je weiter die Organisation jedoch fortschritt, desto mehr wurde es möglich, die Kontrolle zu dezentralisieren und der lokalen Initiative und dem lokalen Unternehmungsgeist Spielraum zu gewähren. Wesentlich ist, daß alle, die Arbeiter in den nationalisierten Industrien und die Nation als ganze, sich bewußt sind, daß diese Industrien dem Volk gehören. Die Produzenten sind der Gemeinschaft verantwortlich, und das Volk muß die Verantwortung für seine Industrien teilen, wenn die neue Ordnung in Zukunft noch größere Erfolge zeitigen soll.

Öffentliches Interesse und Privateigentum

Privatbetriebe haben ihren Platz in der Wirtschaft. Wir müssen jedoch helfen, daß sie leistungsfähig und mit Unternehmungsgeist erfüllt sind. Die Gemeinschaft hat ein Recht, darauf zu achten, daß sie im Interesse der Nation arbeiten. England darf nie wieder in die Klauen der großen Geschäftswelt geraten. Es darf nie wieder zugelassen werden, daß private Eigentümer große Machtbefugnisse bei sich konzentrieren. Das bedingt eine vernünftige, feste und mit Gemeingeist erfüllte Haltung gegenüber den Privatbetrieben.

Viele private Unternehmer haben mit der Regierung zusammengearbeitet, um Produktion und Export zu steigern. Andere jedoch stellen immer noch ihren privaten Profit vor ihre sozialen Aufgaben. Immer noch beuten private Monopole die Konsumenten aus. Wichtige Privatindustrien sind immer noch wenig leistungsfähig, wie Untersuchungen ergeben haben. Der kleine Mann in der Industrie ist noch zu oft durch die große Geschäftswelt unterdrückt und durch Monopole gelähmt.

In verschiedener Hinsicht sind die Kontrollen und Rationierungsmaßnahmen, die wegen der Knappheit der Waren eingeführt worden sind, heute weniger wirkungsvoll in bezug auf die planwirtschaftliche Leistung der Wirtschaft. Gewisse Kontrollen werden jedoch immer benötigt werden, und neue stimulierende Methoden der Leitung müssen ausgearbeitet werden, um die Prosperität zu sichern. Dies ist vor allem wichtig in Zeiten des internationalen Druckes und der internationalen Schwierigkeiten.

Eine Investitionskontrolle wird dazu dienen, die Entwicklung der Industrie zu leiten. Industrien und Fabrikanlagen, die für den inländischen Markt und den Export am dringendsten benötigte Waren herstellen, haben zuerst Anspruch auf neue Gebäude und Kapital.

Die Devisenkontrolle wird den Mißbrauch mit knappen Währungen verhindern sowie den Kapitalexport, wenn dieser gegen die nationalen Interessen verstößt.

Die Kontrolle über den Standort neuer Industrien wird die Überkonzentrierung von Industrien in gewissen Städten verhindern und zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der guten regionalen Planung im ganzen Lande beitragen.

Die Monopolkontrollkommission wird verstärkt. Ausbeutung und restriktive Praktiken werden verhindert. Monopole werden in öffentliches Eigentum übergeführt, wenn man nicht auf andere Weise mit ihnen fertig wird.

Große Aufträge von standardisierten Waren gestatten den Fabrikanten, ihre Produktion zu planen und die Kosten zu senken. Dafür geeignete Waren werden in großen Posten von der Regierung bestellt und durch die normalen Handelskanäle an das Publikum verteilt. Das wird die ständige Produktion von Utilitywaren sichern. Es wird zudem helfen, die Vollbeschäftigung in besonderen Industrien zu sichern.

Öffentliche Betriebe werden als loyale Konkurrenzbetriebe zu privaten Firmen dort errichtet, wo diese nicht mit aller Kraft zur nationalen Anstrengung beitragen. Dadurch wird ein Antrieb zu größerer Produktivität und eine Waffe gegen die Monopole geschaffen.

Wo nötig, wird die Labourregierung ihre Macht benutzen, um Betriebe zu übernehmen, welche die Nation im Stiche lassen.

Development Councils (Produktionskommissionen) werden in steigender Zahl von Industrien geschaffen werden – wo nötig durch Zwang, wenn die Unternehmer ihre Mitarbeit verweigern.

Der Industrie wird wissenschaftliche und technische Hilfe gegeben werden. Schon viel wurde auf diesem Gebiet geleistet. Der beste Weg, um alle Betriebe auf den Stand der fortschrittlichsten unter ihnen zu heben, ist die Verbreitung von Wissen (und die Benützung desselben) über die neuesten Errungenschaften in Wissenschaft und Technik.

Gebäude, vielfältig verwendbare Maschinen und andere Erleichterungen werden geeigneten Fabrikanten in Pacht gegeben. Ebenso wird die Finanzierung von erwünschten Kapitalerweiterungen ermöglicht.

Die Politik von Labour gegenüber der Industrie gibt dem Recht der Gemeinschaft Ausdruck auf eine hohe Produktion, auf Leistungsfähigkeit in der Industrie, auf Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit. Sie bezweckt, die wirtschaftlichen Kräfte mit sozialem Sinn zu erfüllen, während in der Vergangenheit die menschlichen Wesen behandelt wurden, als ob sie Maschinen wären, und die sozialen Bedürfnisse des Volkes ignoriert wurden.

Im öffentlichen Interesse müssen drei große Ziele erreicht werden: Vollbeschäftigung, ausgeglichener Außenhandel und niedrige Preise. Um diese drei Ziele zu verwirklichen, planen wir unsere Wirtschaft.

Planung zur Sicherung der Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung kann nicht als ein- für allemal gesichert angesehen werden. Man kann sie nicht sich selber überlassen. Die Regierung muß sich ständig um das Problem kümmern.

Vier große Gefahren stehen einer Stabilität der Wirtschaft entgegen. Labour versucht, ihnen zu begegnen.

Die erste Gefahr ist, daß der Welthandel zusammenbricht

England hängt mehr als jedes andere Land vom Welthandel ab, und es hat keinen Sinn, anzunehmen, daß England immun sei gegen Wirtschaftskrisen in andern Ländern. Wenn wir wegen eines Rückganges des britischen Exportes nach Überseeländern nicht mehr in der Lage sein werden, für die vom Ausland benötigten Rohstoffe zu zahlen, wird Arbeitslosigkeit nicht zu vermeiden sein. Eine Sicherung dagegen besteht in internationaler Zusammenarbeit, um die Nachfrage im Weltmaßstab aufrechtzuerhalten. Das ist einer der Gründe, warum Labour den Weltplan für gegenseitige Hilfe befürwortet. Durch Unterstützung dieses Planes sichern wir unsere eigene Zukunft und heben den Lebensstandard aller Völker.

Die zweite Gefahr ist, daß die Preise der englischen Waren zu hoch sind

England wird nicht in der Lage sein, seinen Platz auf den Weltmärkten gegenüber der neubelebten Konkurrenz aus Deutschland und Japan zu halten, wenn es nicht fähig ist, seine Waren zu Konkurrenzpreisen auf den Überseemärkten zu verkaufen. Um die Kosten zu senken, muß die Leistungsfähigkeit steigen. Die privaten und sozialisierten

Industrien benötigen einen hohen Stand von Neuinvestitionen sowohl was die Maschinen als auch die Gebäude anbetrifft. Die Erfahrungen der Arbeiter sollten durch «Joint consultation» (eine in England vor allem während des Krieges entwickelte Art der Zusammenarbeit in paritätischen Kommissionen) nutzbar gemacht werden. Betriebsleiter müssen lebendig und unternehmungslustig sein und neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen.

Die dritte Gefahr liegt darin, daß die Kaufkraft des englischen Volkes zurückgeht

Wenn das Volk nicht über genügend Geld verfügt, um alle Güter zu kaufen, die produziert werden können, dann ist Arbeitslosigkeit unvermeidbar. Das kann vorkommen durch eine Verringerung der Investitionstätigkeit in der Privatindustrie. Furcht vor einer Depression kann die Ursache dafür sein. Wenn private Unternehmer unsicher sind, alles verkaufen zu können, was sie produzieren, werden sie aufhören, neue Fabrikanlagen zu bauen. Die Arbeiter, die bei deren Bau beschäftigt worden wären, würden arbeitslos und würden ihrerseits weniger Geld haben, um Waren zu kaufen, die von andern Arbeitern hergestellt werden. Noch mehr Arbeiter würden dadurch arbeitslos, und die ganze Wirtschaft würde in eine Depression tauchen.

Die Regierung muß daher immer bereit sein, die Kaufkraft zu vermehren, um einen solchen Konjunkturabstieg zu verhindern.

Der erste Weg dazu ist, die öffentlichen Investitionen auszudehnen beim ersten Zeichen einer Depression. Die Regierung, die Gemeindebehörden und vor allem die sozialisierten Industrien können der Gesamtwirtschaft helfen durch Vergebung von großen Aufträgen für neue Investitionen. Das wird die Wirtschaft in Gang halten.

Der zweite Weg, um die Kaufkraft zu vermehren, ist die Erhöhung der Einkommen. Bis heute lag die größte Gefahr nicht in einem Zuviel an Waren in den Läden, sondern in einem Zuwenig. Um der Inflation begegnen zu können, würden die Einkommen zurückgehalten. Wenn jedoch die Warenhäuser voll von Waren sein werden, die das Volk sich nicht leisten kann zu kaufen, dann muß die Regierung die Kaufkraft erhöhen.

Die vierte Gefahr liegt in regionaler Arbeitslosigkeit

Regionale Arbeitslosigkeit kann Seite an Seite mit allgemeiner Vollbeschäftigung bestehen. Das ist der Grund, warum Labour mit aller Energie seine Anstrengungen fortsetzen wird, neue Industrien in die «Developmentgebiete» (die früheren Krisengebiete) zu bringen.

Planung für den Überseehandel

Die größte Aufgabe, vor der unsere Nation steht, ist die Erreichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit bis 1952, also bis zum Ende des Marshallplanes. Wesentliche Kontrollen müssen dazu bestehen bleiben. Eine Importkontrolle verhindert, daß Dollars, die für den Kauf von wichtigen Gütern benötigt werden, für Luxuswaren ausgegeben werden. Eine Produktionskontrolle verhindert, daß Güter, mit denen – im allgemeinen Interesse – gutes Geld in Übersee verdient werden sollte, auf den Inlandmarkt abgezweigt werden.

Wir werden unsern Handel mit dem Commonwealth auf das äußerste ausdehnen.

Der Handel mit Westeuropa soll ausgedehnt werden. Durch die Initiative der britischen Regierung in der OEEC sind viele Schranken im europäischen Handel beseitigt worden. Ein größeres Volumen von gegenseitig gewinnbringendem Handel ist der einzige Weg, um den Lebensstandard zu heben. Wir sind bereit, immer soviel Handel als möglich mit Osteuropa zu treiben, sobald der Wille der dafür nötigen Zusammenarbeit vorhanden ist.

Planung zur Senkung der Lebenshaltungskosten

Die Preise haben als Folge eines Krieges die Tendenz, zu steigen. Diesmal sind die Einkommen jedoch mehr gestiegen, zudem können die Familien heute sicher sein, jede Woche ihren regelmäßigen Zahltag zu erhalten. Höhere Nachkriegspreise wurden durch noch höhere und regelmäßigeren Einkommen ausgeglichen. Viele Familien in unserem Lande haben einen höheren Lebensstandard als vor dem Krieg.

Die beste Methode, um den Lebensstandard noch weiter zu heben, ist eine Senkung der Preise. Das Geld wird dann mehr kaufen können.

Labour wird alles, was in seiner Hand liegt, tun, um die Preise zu senken, sowohl in der öffentlichen als in der Privatindustrie.

Gewisse Kosten können nicht herabgesetzt werden. Die Preise von Importwaren können wohl auf dem Verhandlungsweg angepaßt und durch Großeinkäufe gezügelt werden. Wenn jedoch die Weltnachfrage größer ist als das Weltangebot, dann müssen wir die höheren Preise zahlen oder auf die Waren verzichten.

Gewisse höhere Kosten sind das Resultat von verbesserten Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen. Eine Lohnsenkung wäre *ein* Weg, die Preise zu senken. Die Tories mögen diesen Weg gehen – es ist nicht der unsere. Unser Mittel ist, die Produktivität bei der Herstellung und in der Verteilung zu heben.

Bis heute hat die Leistungsfähigkeit des Verteilungssystems nicht Schritt gehalten mit derjenigen der Produktion. Es gibt für dieses Problem keine rasche und leichte Lösung, aber eine Anzahl wichtiger Schritte kann unternommen werden.

Die Preiskontrolle wird aufrechterhalten, wo immer sie nötig ist zum Schutze der Konsumenten.

Die Politik der Lebensmittelsubventionierung wird weitergeführt, solange als dies nötig ist, um die Preise der wichtigsten Lebensmittel auf einem Stand zu halten, der im Bereich einer Normalfamilie liegt.

Verbesserte Sortierung und Verpackung und der Ausbau von modernen Märkten werden Verluste vermeiden und die hohen Handelsspannen bei Früchten und Gemüse verringern.

Es werden Maßnahmen getroffen, um Fabrikanten und Großhändler daran zu hindern, Detaillisten, die niedrigere Preise verlangen, von der Belieferung auszuschließen.

Die Politik der Utilitywaren wird fortgesetzt und ihre Produktion gesichert auf dem Weg von öffentlichen Käufen.

Eine Konsumenten-Beratungsstelle wird errichtet werden, um die Hausfrauen vor Schundwaren zu schützen und um hemmungslose Reklame bloßzustellen.

Landwirtschaft und Leben auf dem Land

Labours Ziel ist, mehr Nahrungsmittel aus dem eigenen Boden zu produzieren. Die Farmer und die Landarbeiter sollen eine gerechte Belohnung für ihre Arbeit erhalten.

Als Gegenleistung dafür hat die Landwirtschaft das, was die Nation braucht, rationell und wirtschaftlich zu produzieren.

Unser allgemeines Ziel ist die Sicherung des Absatzes und gerechter Preise für die wichtigsten Landwirtschaftsprodukte. Sobald wie möglich soll das Land mit elektrischem Strom und mit fließendem Wasser versorgt werden.

Labour wird der Landwirtschaft helfen, Kredite für die nötigen Einrichtungen zu finden durch Bürgschaft für bestimmte Arbeiten, wie zum Beispiel die Meliorierung schlechteren Bodens und durch die Politik der garantierten Preise.

Ein gehobener Stand der Haushalts- und Betriebsführung muß aufrechterhalten bleiben. Die meisten Farmer arbeiten gut. Diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, müssen den vielen jungen, tüchtigen Leuten Platz machen, die eine Farm suchen. Wir werden dafür sorgen, daß alles gute Land benutzt wird, um Nahrungsmittel zu produzieren. Nur bei Vorliegen eines überwiegenden Willens soll das Land zu andern Zwecken benutzt werden dürfen.

Labour wird den Farmern helfen, die Produktion auf den nicht voll ausgenützten Landstücken zu erhöhen.

Die große Handelsspanne bei Obst und Gemüse soll verringert werden. Die Produzenten sollen angeregt werden, den Handel, die Sortierung und Packung durch gemeinsame Aktionen zu verbessern.

Labour wird die genossenschaftliche Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Produzenten fördern.

Landarbeiter

Labour wird fortfahren, Ausbildungsstätten in der Landwirtschaft zu schaffen und wird das Siedlungsprogramm fördern, so daß mehr Landarbeiter sich in Kleinbetrieben selbständig machen können. Das Land benötigt neue Häuser, bessere Schulen, bessere Verkehrsverbindungen sowie neue Industrien, um vielseitigere Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern.

V.

Lebendige Demokratie

Alle, die die Würde des Menschen achten, verlangen, daß das Volk befreit werde von politischer und wirtschaftlicher Ausbeutung und zu Partnern gemacht werde in einer aktiven, lebendigen Demokratie.

Politische und soziale Unterdrückung ersticken das freie Denken, machen die Geheimpolizei allmächtig und erniedrigen das Individuum. Das ist der Fall bei Faschismus und Kommunismus.

Wirtschaftliche Ausbeutung verurteilt das Volk zur Tyrannei der Arbeitslosigkeit und der Armut. Das ist der Fall des Kapitalismus.

Um der Ausbeutung ein Ende zu setzen, müssen wir eine *wirtschaftliche* und *politische* Demokratie aufbauen, in der jedes Individuum das Recht hat, seinen eigenen Lebensweg zu bestimmen, lediglich unter Berücksichtigung des gleichen Rechts der andern.

Wahlurnen-Demokratie – also die alle paar Jahre stattfindende Wahl – ist gut, aber sie ist nicht genug. Wir bemühen uns, eine wachsende, aktive und lebendige Demokratie zu schaffen. In einer solchen Gesellschaft werden die Menschen dauernd

Anteil haben an der Verwaltung der Gemeinwirtschaft. Die Macht wird nicht auf einige wenige konzentriert, sondern auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt sein. Der Staat wird der Diener des Einzelnen sein, um für ihn kollektiv das zu tun, wozu er allein nicht fähig ist. Das Volk wird nicht länger von «Wir» und «Sie» reden; denn das Volk wird regieren.

Das ist nicht eine Aufgabe für ein Jahr, sondern für eine Generation. Erfahrung und Vielfältigkeit werden überall benötigt. Die sozialen Wissenschaften werden herbeigezogen werden, um neue Erkenntnisse über die menschlichen Beziehungen zu liefern. Labour wird immer dieses große Ziel vor sich sehen: eine lebendige Demokratie der Arbeiter, der Konsumenten und der Bürger zu schaffen.

Demokratie am Arbeitsplatz

Jeder Arbeiter der Hand und des Kopfes hat Anrecht, geachtet zu werden. Wenn Arbeiter geachtet werden, muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, an der Verwaltung der Industrie teilzunehmen. Das ist wesentlich für eine aktive Demokratie. Die Menschen üben ihr Wahlrecht nur alle paar Jahre einmal aus. Aber sie gehen jeden Tag zur Arbeit. Demokratie muß ebensosehr am Arbeitsplatz leben wie in der Wahlzelle.

Die verächtliche Haltung der Kapitalisten, die Arbeiter seien nicht zum Denken angestellt, sondern um das auszuführen, was man sie heiße, muß beseitigt werden. Die Betriebsleitung hat ihre Verantwortlichkeiten, die geachtet werden müssen, aber die weite Erfahrung der Arbeiter muß ebenfalls herangezogen werden zum allgemeinen Wohl.

Hier die nächsten vier Schritte:

Gewerkschaften. Gewerkschafter üben die Demokratie in ihren eigenen Reihen aus. Sie teilen jetzt die Verantwortung, um die Demokratie auf die Industrie auszudehnen. Sie müssen obstruktive, unwissende und autokratische Betriebsleitungen so scharf bekämpfen wie die wirtschaftliche Ausbeutung. Sie müssen ihre Mitglieder für die «Joint consultation» – die paritätischen Kommissionen – erziehen. Die Erfahrung, die beim Aufbau und Ausbau der großen englischen Gewerkschaftsbewegung gesammelt wurden, müssen jetzt angewandt werden, um die englische Industrie zu leiten.

Betriebsleitung. Der gute Betriebsleiter anerkennt, daß die Menschen am besten arbeiten, wenn sie geachtet und um Rat gefragt werden wie verantwortliche menschliche Wesen. Bei der Ausbildung und Wahl von Betriebsleitern sollte auf die menschlichen Eigenschaften ebensoviel Wert gelegt werden wie auf die technischen Kenntnisse. Die Betriebsleiter sollten die Befugnis haben, die meisten der Alltagsprobleme, die in ihrem Beruf entstehen, selber zu erledigen. Demokratie wird verkrüppelt, wenn alles an ein entferntes oberstes Büro verwiesen werden muß.

Öffentliches Eigentum. Demokratie entwickelt sich in den sozialisierten Betrieben. Die Aufgabe für die nächsten paar Jahre besteht darin, den Arbeitern zu helfen und sie darin zu schulen, daß sie ihren Platz als volle Partner einnehmen, so daß die öffentlichen Betriebe ein Beispiel für Betriebsdemokratie werden. Ebenso muß der Betriebsleitung geholfen werden, und auch sie muß in dem Sinn geschult werden, wenn die neue Ordnung reibungslos laufen soll.

Befriedigung bei der Arbeit. Betriebsdemokratie wird nur dann gedeihen, wenn die Arbeiter ein lebendiges Interesse an ihrer Arbeit haben. Gelegenheit für schöpferischen Ausdruck, für Stolz im Handwerk und für Befriedigung bei der Arbeit muß darum

wieder hergestellt werden. Um dieses Schlüsselproblem zu lösen, wird die Regierung alle Hilfsquellen der Wissenschaft und der Verwaltung heranziehen.

Die Demokratie der Konsumenten

Die Konsumenten waren nie fest organisiert. Sie waren meist wehrlos gegen Gruppeninteressen.

Unser sozialistisches Ziel sieht daher vor, die Demokratie der Arbeiter durch eine Demokratie der Konsumenten zu ergänzen.

Der Staat wird die Konsumenten schützen. Eine Konsumentendemokratie muß jedoch mehr bedeuten als nur Schutz durch den Staat. Wir sind alle Konsumenten und müssen dafür sorgen, daß wir als Konsumenten eine Stimme haben in den wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Genossenschaftsbewegung ist ein hervorragendes Beispiel für eine Kontrolle durch die Konsumenten.

Die Genossenschaftsbewegung

Trotz der Opposition der großen Geschäftswelt und der Toryregierung hat die Genossenschaftsbewegung riesige Fortschritte gemacht. Sie setzt einen hohen Standard für den Dienst am Kunden. Sie steht ein für faire Geschäftsmethoden und gute Qualität. Sie kämpft für die Konsumenten gegen die Angriffe der Monopolisten. Sie hat die Ausbeutung abgeschafft, indem sie die Handelsgewinne an die Kunden zurückvergütet. Und zudem zeigt sie, daß freiwillige genossenschaftliche Zusammenarbeit eine Vereinigung ist von hohen demokratischen Grundsätzen und einem gesunden praktischen Sinn.

Labour wird die künstlichen Einschränkungen, die die privaten Monopole auferlegen, abschaffen. Genossenschaftliche Zusammenarbeit soll sich im Interesse der Konsumenten frei entwickeln können.

Die Konsumentenkommissionen

Konsumentenkommissionen sind errichtet worden, um den Konsumenten die Möglichkeit zu geben, direkten und anregenden Einfluß auf die öffentlichen Betriebe auszuüben. Sie arbeiten heute noch nicht so, wie sie sollten. Viele Menschen sind sich noch nicht bewußt, daß über Klagen betreffend Preise, Qualität und Bedienung gesprochen werden kann. Die Konsumentenkommissionen benötigen einen engeren Kontakt mit den Frauenorganisationen.

Demokratie der Bürger

Demokratie in der Politik ist die Grundlage für alle andern Anstrengungen für sozialen Fortschritt. Aber auch hier sind noch viele Probleme zu lösen, sowohl bei den zentralen als bei den Gemeindebehörden. Die Kluft zwischen dem Staat und den Bürgern ist noch zu weit. Gewiß hat die Labourregierung mehr als irgend jemand zuvor geleistet, um diese Kluft zu überbrücken. Es gibt keine Nation, die besser informiert und besser ausgerüstet wäre für demokratisches Planen. Labour wird fortfahren, dem Volk die Tatsachen auseinanderzusetzen.

Demokratie wird am besten gedeihen, wenn die Macht über die ganze Gemeinschaft verteilt ist. Es soll nie mehr Macht bei der zentralen Regierung konzentriert sein, als

vernünftigerweise nötig ist für eine leistungsfähige Regierung. Dieser Grundsatz liegt unserer Haltung gegenüber allen möglichen Regierungsformen zugrunde.

Gemeindebehörden

Die ersten Siege der Labour Party im dauernden Kampf für sozialen Fortschritt wurden durch die Gemeindebehörden errungen...

Heute tragen die Gemeindebehörden die Hauptverantwortung für die Überwindung der Wohnungsnot. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß die Architektur und Planung Ausdruck einer neuen Zivilisation sind. Sie haben wichtige Funktionen im Gesundheitsdienst. Sie haben zusätzliche Verantwortung, um die Freizeitbedürfnisse der Nation zu befriedigen. Sie sollten verantwortlich sein, um dem Interesse der Konsumenten deutlich Ausdruck zu geben, da sie in näherem Kontakt mit dem Volke stehen als die nationale Regierung und über dessen Interessen wachen können wie niemand sonst. Sie sind für die Erziehung der Kinder verantwortlich, die schließlich der neuen Gesellschaft Gestalt geben werden.

Schluß

Mit diesen Darlegungen wurden die Ziele des demokratischen Sozialismus dargelegt. Es geht um den Kampf für den Frieden. Es geht um den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Es geht um den Kampf für die Vollbeschäftigung und höhere Produktion. Es geht um den Kampf für eine demokratische Gesellschaft, in der das Volk Verantwortung trägt als Herrscher. Das sind alles Teile der *einen* Anstrengung, eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Wir haben genügend Vertrauen in das Volk, um zu wissen, daß wir gewinnen werden. Die Brüderschaft der Menschen, die Redlichkeit des Geistes, der Familienstolz und der Stolz in die Nation – das sind die Kräfte, die uns vorantreiben werden. Wir setzen unsern Glauben und unsere Hoffnung in die Güte der Menschen, der Männer und der Frauen. Wir vertrauen darauf, daß sie antworten werden auf die hohen Anforderungen, die das neue Leben an sie stellt.

Wir glauben an das Volk.

*

Die neue Programmschrift der Labour Party ist inzwischen durch den Parteitag einstimmig und mit Begeisterung gutgeheißen worden.

Genossin Mascha Oettli, Zürich, verdanken wir die Übersetzung, die im Auftrag des kantonalen Parteisekretariates Zürich in etwas gekürzter Form ausgeführt wurde.